

Antrag

der Abgeordneten Dr. Bettina Hoffmann, Uwe Kekeritz, Gerhard Zickenheiner, Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Claudia Roth (Augsburg), Lisa Badum, Steffi Lemke, Christian Kühn (Tübingen), Sylvia Kotting-Uhl, Harald Ebner, Matthias Gastel, Stefan Gelbhaar, Oliver Krischer, Stephan Kühn (Dresden), Renate Künast, Dr. Ingrid Nestle, Friedrich Ostendorff, Corinna Rüffer, Markus Tressel, Dr. Julia Verlinden, Daniela Wagner und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Agenda 2030 als Maßstab des Regierungshandelns ernst nehmen und die Transformation unserer Welt entschlossen vorantreiben

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Im September 2019 jährt sich zum vierten Mal die Verabschiedung der Resolution „Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen.

Die Agenda 2030 ist von beispielloser Reichweite und Bedeutung. Ihre 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung und 169 Unterziele sind universell und begreifen alle Länder als „Entwicklungsländer“ hin zu mehr Nachhaltigkeit. Die 17 „Sustainable Development Goals“ (SDGs) setzen zentrale Zielmarken zur Bekämpfung von Hunger, zur Reduzierung von globaler sozialer Ungleichheit und für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen. Die Agenda 2030 stellt einen herausragenden Erfolg internationaler Zusammenarbeit dar. Sie ist – gemeinsam mit dem Pariser Klimaabkommen – ein einmaliges globales Transformationsprojekt hin zu einer friedlicheren, gerechteren und lebenswerteren Welt.

Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD benennt die Agenda 2030 als Maßstab des Regierungshandelns. Die nationale Umsetzung der SDGs in, mit und durch Deutschland soll durch die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie erfolgen. Zwischen diesem Anspruch und der Wirklichkeit klafft jedoch eine große Lücke. Während die Bundesregierung Deutschland gerne als Vorbild in Sachen Nachhaltigkeit präsentiert, untergräbt das faktische Regierungshandeln das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung in Deutschland und weltweit regelmäßig und auf zahlreichen Ebenen. So verfehlt Deutschland seine klimapolitischen Ziele. Deutschland exportiert weiterhin Rüstungsgüter in Krisengebiete und Staaten mit höchstproblematischer Menschenrechtsbilanz. Und Deutschland nimmt – nicht zuletzt als einflussreiche Kraft der europäischen Handels-, Landwirtschafts- und Fischereipolitik – in Kauf, dass unser Export und Konsum andernorts zu Armut, Zukunftslosigkeit und Raubbau an der Natur führen.

Ein Gremium von Expertinnen und Experten unter der Leitung der ehemaligen neu-seeländischen Ministerpräsidentin Helen Clark stellt der Bundesregierung ein entsprechend durchwachsenes Zeugnis aus: Bei 29 von 63 Indikatoren ist die Bundesregierung dabei, ihre selbstgesteckten Ziele zu verfehlen. Außerdem kritisieren die Expertinnen und Experten, dass viele Ziele nicht ambitioniert genug sind, um wirkliche Veränderungen herbeizuführen. Sie mahnen, dass grundlegende Veränderungen notwendig sind, um einen erfolgreichen deutschen Weg hin zu Nachhaltigkeit im Sinne der Agenda 2030 zu gestalten.

In diesem Jahr stehen zwei Ereignisse an, bei denen es gilt, den Agenda 2030-Prozess zu stärken. Vom 9. bis 18. Juli wird die Staatengemeinschaft beim High-Level Political Forum (HLPF) über den Stand der Umsetzung der Agenda 2030 beraten. Darüber hinaus werden die Staats- und Regierungschefs auf dem SDG-Gipfel am 24. und 25. September die Chance haben, dem Prozess neuen Schwung zu verleihen. Diese Chance muss die Bundesregierung nutzen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Agenda 2030 zum handlungsleitenden Rahmen jeglicher Regierungstätigkeit zu machen, indem unter anderem
 - a. eine maßnahmenorientierte Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 2020 vorangetrieben wird und alle Ressorts verbindliche SDG-Umsetzungs-, bzw. Aufholpläne vorlegen, um die Zielerreichung insgesamt, insbesondere aber der Indikatoren mit negativem Trend sicherzustellen,
 - b. bei der Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie weitere Indikatoren aufgenommen werden, die die nationalen und globalen Entwicklungen besser in den Blick nehmen und entsprechenden Handlungsbedarf konkreter benennen,
 - c. eine umfassende Finanzierung zur Umsetzung der SDGs vorgesehen wird, indem sich die Bundesregierung unter anderem auf EU-Ebene für eine substantielle Finanztransaktionssteuer und international stärker für wirksame Maßnahmen gegen Steuervermeidung einsetzt und indem der Bundeshaushalt umfassend auf die Erreichung der SDGs ausgerichtet wird, was unter anderem den Abbau umweltschädlicher Subventionen, eine ambitionierte CO₂-Bepreisung, sowie einen realistischen ODA-Aufholplan umfasst, der dafür sorgt, dass Deutschlands Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit auf das international vereinbarte Ziel von 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöht werden,
 - d. ein öffentlich nachvollziehbarer „Nachhaltigkeits-TÜV“ etabliert wird, mit dem alle Gesetzentwürfe und relevanten Regierungsentscheidungen vor deren Verabschiedung systematisch auf die Unterstützung der nationalen und globalen Umsetzung der SDGs überprüft werden;
2. sich auf EU-Ebene vehement für eine kohärente Strategie für nachhaltige Entwicklung einzusetzen und dabei das erste der drei aufgezeichneten Szenarien der EU-Kommission in ihrem Reflexionspapier über ein nachhaltiges Europa zu unterstützen, welches vorsieht, die SDGs auf höchster politischer Ebene als übergreifende strategische Ziele für die EU und ihre Mitgliedstaaten zu verankern;
3. die Bedeutung und den handlungsleitenden Charakter des High-Level Political Forum (HLPF) zu stärken, unter anderem indem die Bundesregierung einen umfassenden und inklusiven nationalen Vorbereitungsdialog etabliert und den nächsten Bericht Deutschlands im Jahr 2021 rechtzeitig und breit mit der Zivilgesellschaft und dem Deutschen Bundestag abstimmt;

4. den SDG-Gipfel im September hochrangig zu begleiten, unter Teilnahme von Bundeskanzlerin und Fachminister*innen, und im Vorfeld einen Plan zu veröffentlichen, der deutlich macht, wie die Bundesregierung dazu beitragen will, dass durch den Gipfel konsequente Schritte zur Umsetzung der SDGs vorangetrieben werden – von Reformvorschlägen für das HLPF über Umsetzungspartnerschaften zu bestimmten SDGs bis hin zu Aktions- oder Aufholplänen im eigenen politischen Handeln.

Berlin, den 25. Juni 2019

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

Begründung

Neben jährlichen Treffen unter der Ägide des UN-Wirtschafts- und Sozialrats (ECOSOC) tritt das High Level Political Forum (HLPF) alle vier Jahre auf Ebene der Staats- und Regierungschefs unter der Schirmherrschaft der UN-Generalversammlung zusammen. Am 24. und 25. September 2019 findet das erste Mal seit Verabschiedung der Agenda 2030 im Jahr 2015 wieder ein solcher Nachhaltigkeitsgipfel auf Ebene der Staats- und Regierungschefs statt. Hier wird es darauf ankommen, dem Agenda-2030-Prozess neues Momentum zu verleihen.

Deutschland hat zurzeit einen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen inne und wird nächstes Jahr die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen. Diesen Einfluss muss die Bundesregierung nutzen und sich auf den kommenden Gipfeltreffen für eine transformative Nachhaltigkeitspolitik im Sinne der Agenda 2030 und damit für eine konkrete Umsetzung der Agenda 2030 in Deutschland und in Zusammenarbeit mit der Staatengemeinschaft stark machen. Dazu gehört auch, einen handlungsleitenden Überprüfungsmechanismus einzuführen.

In vielen Politikfeldern konterkariert die Politik der Bundesregierung offensichtlich die Ziele der Agenda 2030. Die Bundesregierung vernachlässigt das Klimaschutz-SDG 13, indem sie den Kohleausstieg verschleppt und das Klimaziel für das Jahr 2020 nicht eingehalten wird. Mit dem Festhalten am Status Quo einer Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), die eine industrialisierte Landwirtschaft massiv subventioniert und damit weder dem Artensterben noch dem entwicklungsschädlichen Export überschüssiger Produktion zu Dumping-Preisen etwas entgegensetzt, läuft die aktuelle Entwicklung unter anderem dem SDG 15 (Schutz von Biodiversität und Ökosystemen) und dem SDG 2 (Ernährung sichern) entgegen. Auch um das SDG 14 (Leben unter Wasser) ist es nicht gut bestellt. Unsere Ozeane werden in einem erschreckenden Tempo mit Plastik vermüllt, aber die Bundesregierung hat nicht einmal ein Ziel zur Vermeidung von Verpackungsabfällen formuliert. Die Bundesregierung setzt darüber hinaus weiterhin auf Freiwilligkeit bei den menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten für Unternehmen, was nicht ausreicht, um SDG 8 (Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum) und SDG 12 (Nachhaltiger Konsum und Produktion) näher zu kommen. Es fehlt der Bundesregierung bisher also an allen Ecken und Enden an politischem Willen, um die SDGs als das zu sehen, was sie sind: eine Aufforderung, die Welt radikal und nachhaltig zu verbessern, um auch zukünftigen Generationen ein Leben auf dem Planeten Erde zu ermöglichen.

